

LTW 3neu Landtagswahlprogramm

Antragsteller*innen:

Status: Modifiziert

LTW-Programm - GERECHT

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Diese Maxime leitet uns GRÜNE auch in vielen lebenspraktischen Fragen und gibt uns den Kurs für die Gestaltung der Zukunft vor: mehr Gerechtigkeit, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Geborgenheit im Zusammenleben. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch z.B. auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen in der Bildung, in der sozialen Hilfe und im Gesundheitsbereich. Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft braucht eine menschnahe Finanzpolitik, eine Bildungspolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht, soziale Absicherung und förderliche Rahmenbedingungen für Familien. So wird unser Wohlergehen gewährleistet und die Gesellschaft zusammengehalten. Ohne sozialen Frieden kann es auch keine Sicherheit geben.

Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.77: LTW-Programm - GERECHT](#)

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

Familien stärken

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien

39 Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden
 40 wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen
 41 Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn:
 42 Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

43 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.78: LTW-Programm - GERECHT**

44 Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein
 45 flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien
 46 unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und
 47 Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit
 48 sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und
 49 weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

50 **Zeit für die Familie haben**

51 Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und
 52 mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im
 53 öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach
 54 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder
 55 pflegebedürftige Angehörige versorgen.

56 **Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen**

57 Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und
 58 Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

59 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
 60 Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und
 61 Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem
 62 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
 63 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
 64 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
 65 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
 66 Kommunen im Rahmen des Paragraphen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
 67 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
 68 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
 69 Practise-Beispielen starten.

70 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

71

72 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
 73 Grundgesetz ein.

74 **Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

75 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
 76 notwendige Förderung erhalten.

77 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
 78 Kindergesundheit zu schützen.

79 Wir sprechen uns klar gegen Kinderehen aus. Diese gefährden das Kindeswohl und sind
 80 mit den geltenden Gesetzen nicht vereinbar. Besonders im Hinblick auf verheiratete
 81 minderjährige Geflüchtete geht für uns Kinderschutz vor Toleranz. Kinderehen
 82 gehören grundsätzlich nicht anerkannt, erwachsene Ehemänner minderjähriger
 83 Ehefrauen dürfen das Sorgerecht für diese nicht bekommen.

84 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
85 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
86 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

87 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
88 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

89 **Kinder- und Jugendhilfe reformieren**

90 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
91 Sozialraumorientierung ein.

92 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
93 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
94 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht. Wir sehen, dass in Schleswig-
95 Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-, Familien- und Lebensberatung,
96 sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel stattfindet, der die bisherige
97 Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier werden wir gemeinsam mit Trägern und
98 Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns
99 dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt Fortbildungen für diesen Bereich
100 angeboten werden.

101 Zum Wohl von minderjährigen Geflüchteten sowie Familien mit Kindern muss es bessere
102 und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Sie dürfen nicht durch alle
103 rechtlichen und sozialen Netze fallen. Die Unterstützung endet nicht mit dem
104 Erreichen der Volljährigkeit.

105 **Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen**

106 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
107 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
108 weiter unterstützen.

109 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
110 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
111 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

112 **Kinderarmut bekämpfen**

113 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
114 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
115 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

116 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
117 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

118 **Soziale Infrastruktur stärken**

119 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
120 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
121 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
122 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
123 auseinanderklafft.

124 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
125 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
126 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
127 Garantierende einsetzen.

128 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
 129 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
 130 eine Reform der Grundsicherung. Wir werden uns auf Bundesebene für ein
 131 wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen
 132 einsetzen.

133 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.127: LTW-Programm - GERECHT**

134 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
 135 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene die Abschaffung der Sanktionen
 136 gegen Erwerbslose und eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der
 137 Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen
 138 Realität ist. Stattdessen setzen wir auf Motivation, Anerkennung und Beratung auf
 139 Augenhöhe. Wir werden uns auf Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes
 140 Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen einsetzen.

141 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
 142 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
 143 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
 144 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
 145 mit Behinderung setzen wir fort.

146 **Nicht ohne uns über uns**

147 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
 148 Behinderung sichert.

149 Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
 150 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von
 151 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
 152 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
 153 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das
 154 Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir fortführen.

155

156 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

157 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
 158 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
 159 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

160 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
 161 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
 162 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
 163 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
 164 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
 165 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
 166 wichtige Grundlagen.

167 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
 168 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
 169 einheitliche Qualitätsstandards,ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
 170 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

171 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
 172 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
 173 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
 174 Musik müssen selbstverständlich werden.

175 Selbstbestimmt Leben im Alter

176 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
177 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
178 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
179 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
180 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
181 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
182 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

183 Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden

184 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
185 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
186 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
187 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
188 demografischen Wandel reagieren.

189 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
190 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
191 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
192 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

193 EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen

194 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
195 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
196 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
197 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

198 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
199 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
200 werden.

201
202 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
203 Budgeting) umsetzen.

204 Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen

205 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
206 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
207 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
208 erforderlich.

209 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
210 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
211 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
212 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
213 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
214 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
215 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
216 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
217 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

218
219 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
220 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

221 Dabei prüfen wir ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
222 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
223 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
224 auf den Weg zu bringen.

225 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
226 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

227 **Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen**

228 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
229 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
230 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
231 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

232
233 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und
234 stärken sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
235 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die
236 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
237 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
238 Politik zu erleichtern.

239 Wir fordern die Aufhebung des § 17 GstG vom 13. Dezember 1994 und eine grundlegende
240 Überarbeitung des GstG in Angleichung an das Bundesgleichstellungsgesetz.

241 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.36: LTW-Programm - GERECHT](#)**

242 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
243 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
244 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
245 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

247 **Mehr Frauen in MINT Berufe**

248 Noch immer herrscht keine Chancengleichheit bezüglich der Berufswahl. So werden
249 schon kleine Jungen mehr motiviert sich in den sogenannten MINT-Fächern
250 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu profilieren als
251 Mädchen.

252 Andersherum wird den Jungen oft eine Kompetenz im sozialen Sektor abgesprochen.
253 Das

254 Problem zieht sich durch den gesamten Bildungssektor bis hin zu einer sehr
255 geringen

256 Anzahl Frauen in den MINT-Berufen.

257 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
258 in Schleswig-Holstein bei rund 20 %. Frauen studieren eher Pädagogik, Medizin und
259 Sozialwissenschaften und Männer eher die MINT Fächer. Diese Tendenz ist in den
260 Fachhochschulen noch ausgeprägter als in den Universitäten.

261 Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert sich leider der Anteil Frauen auf
262 rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
263 tun
264 hat.

265 Dieses ist nicht nur ein Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen was die Art
266 der Tätigkeit angeht, sondern auch was das durchschnittliche Lohnniveau angeht, so

267 dass Frauen eher in den geringer bezahlten Berufen arbeiten als Männer. Der Equal-
268 Pay-Day mahnt uns jedes Jahr dieses Problem zu beachten.

269 Gleicher Lohn für gleichanspruchsvolle Arbeit und echte Möglichkeiten zur Teilzeit
270 wären Schritte zu mehr Chancengleichheit. Wir setzen uns ein für signifikante
271 Lohnsteigerungen in den sozialen und Pflegeberufen. Dieses hilft nicht nur Frauen
272 dabei für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, sondern ermutigt auch mehr Männer,
273 sich solcher Berufe anzunehmen. Dieses kann langfristig zu mehr Gerechtigkeit und
274 Gleichverteilung führen.

275 Die Bemühungen der letzten Jahrzehnte, den Anteil der Frauen in den MINT Fächern zu
276 steigern haben erste Erfolge gezeigt und konnten den Frauenanteil steigern, jedoch
277 leider immer noch auf niedrigem Niveau. An dieser Stelle müssen existierende
278 Programme weiter gefördert werden und neue Programme geschaffen werden, die den
279 Trend verstärken. In die Lehreraus- und Fortbildung sollte eine Sensibilisierung
280 auf die Genderproblematik stärker einfließen. Außerdem wollen wir weiterhin den
281 Girl'sDay/ Boy's Day und die Arbeit der Organisationen, die sich mit
282 frühkindlicher
283 Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen fördern.

284 Sich für ein MINT Fach zu entscheiden ist keine ad hoc Entscheidung einer Frau.
285 Erfahrungen zeigen, dass Frauen, die sich für ein MINT Fach entschieden haben,
286 schon sehr früh, also während der Kindheit, mit diesen Themen in Berührung
287 gekommen
288 sind. Aus diesem Grunde ist es wichtig, vor alle Programme zu stärken und
289 aufzubauen, die in der Förderung und Forderung von jungen Mädchen liegen und
290 dieses
291 bereits im Vorschulalter.

292 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.37: LTW-Programm - GERECHT](#)**

293 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
294 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
295 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
296 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

297 **Frauen@Digital**

299 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
300 Männer und Frauen. Risiken und Chancen, die sich daraus ergeben, sind aber oft von
301 Frauen noch nicht erschöpfend erkannt und genutzt.

302 Die Digitalisierung und die neuen Medien bieten Chancen zur Vernetzung von Frauen.
303 Gerade die sozialen Netzwerke bieten eine gute Plattform für Frauenrechte aber auch
304 für viele andere Themen zu kämpfen.

305 Vernetzung von Frauen im Internet hinsichtlich berufliche Netzwerke und Austausch
306 von Erfahrungen und Hilfsangeboten findet bereits statt und sollte ausgeweitet
307 werden.

308 Erweiterte Möglichkeiten der Heimarbeit verbessert die Möglichkeit für Männer und
309 Frauen Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Dabei sollte nicht außer
310 Acht gelassen werden, dass der Billiglohnsektor im Internet floriert.

311 Schon jetzt nutzen viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue
312 Geschäftsfelder zu eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen

313 fördern und ermuntern. Dabei ist allerdings zu beobachten, dass diese oft nur dem
314 Nebenerwerb dienen bis beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind.

315 Weiterbildungsmöglichkeiten und digitale Studienangebote, die Frauen ermöglichen,
316 sich weiter unabhängiger von der Einbindung in Familie und Beruf zu machen wollen
317 wir weiterhin unterstützen.

318 Digitalen Jobbörsen für Frauen und berufliche Frauennetzwerke unterstützen wir.

319 Die Risiken liegen hauptsächlich im Bereich der Anonymität des Internets. So wird
320 Sexismus eher geduldet und leider haben Frauenhandel und digitale Prostitution
321 auch
322 hier ein Portal gefunden, ohne dass eine hinreichende rechtsstaatliche Verfolgung
323 stattfinden kann

324 Als Maßnahmen fordern wir die Verstärkung von anonymen Frauenberatungen zur
325 sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im Internet, z.B. Förderung
326 von geschlossenen Frauengruppen in den „sozialen Medien“

327 Wir fordern eine klare staatliche Positionierung zur sexualisierten Gewalt gegen
328 Frauen im Internet, um Vorstöße / Anträge zur rechtsstaatlichen Verfolgung zu
329 ermöglichen.

330 **Das Ehrenamt würdigen und belohnen**

331 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch die
332 starke Zuwanderung Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
333 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
334 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
335 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
336 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
337 Ehrenamtlichen stark.

338 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
339 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
340 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
341 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
342 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

343 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
344 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
345 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

346 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
347 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
348 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

349 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
350 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche
351 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
352 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

353 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
354 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
355 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
356 aufkommen müssen.

357 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
358 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

359 Neue Arbeitswelt

360

361 Wir haben den Wandel in unsere Arbeitswelt erkannt und sehen für die Zukunft die
362 Notwendigkeit der strukturellen und rechtlichen Veränderungen in dieser. Wir wollen
363 die Chancen ergreifen und mit neuen Denkansätzen die Arbeitswelt 4.0 mit gestalten.
364 Dabei stellen wir uns vor allem den notwendigen sozialen Brückenbau, den diese
365 Neugestaltung mit sich bringen wird. Wir erkennen schon heute die Notwendigkeiten,
366 den dieser tiefgreifende gesellschaftlichen Wandel mit sich bringen wird, und
367 wollen diese mitgestalten.

368 **Soziales@Digital**

369 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
370 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
371 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
372 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

373 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
374 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

375 **Auf den Punkt**

- 376 • *Wir werden* Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
377 Kinderarmut bekämpfen,
- 378 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 379 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
380 Barrierefreiheit verbessern,
- 381 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
382 Demografie aufstellen,
- 383 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
384 fördern,
- 385 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 386 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
387 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 388 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

389 **Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum**
390 **planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen**

391

392 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
393 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
394 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
395 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
396 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

397

398 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen

399 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
400 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
401 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

402 **In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden**

403 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
404 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
405 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
406 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
407 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
408 Beratung und Unterstützung sorgen.

409 **Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen**

410 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
411 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
412 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
413 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
414 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
415 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
416 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
417 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

418 **Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen**

419 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
420 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
421 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
422 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
423 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
424 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
425 angelegt werden.

426 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
427 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
428 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
429 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
430 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
431 Baumaßnahmen.

432 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
433 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
434 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
435 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
436 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
437 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
438 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

439 **Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft**

440 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
441 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
442 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
443 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
444 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

445 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
 446 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
 447 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
 448 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
 449 zu den bestehenden Förderprogrammen.

450 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

451 **Auf den Punkt**

- 452 • *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
 453 anbieten,
- 454 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
 455 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 456 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

457 **Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale** 458 **Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung**

459

460 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
 461 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
 462 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

463 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
 464 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
 465 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
 466 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
 467 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
 468 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

469 **Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen**

470 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
 471 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
 472 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir
 473 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.

474 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
 475 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
 476 familia" ein.

477 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.148: LTW-Programm - GERECHT](#)**

478 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
 479 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
 480 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir
 481 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.

482 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen
 483 und weiter ausbauen.

484 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.120: LTW-Programm - GERECHT](#)**

485 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
 486 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns auch
 487 weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die Gesundheitsinitiative
 488 Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter entwickeln.

489 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern

490 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
491 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
492 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
493 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

494 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
495 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
496 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
497 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
498 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
499 gewährleistet ist.

500 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
501 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
502 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
503 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
504 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
505 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
506 informiert.

507 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
508 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

509 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
510 Gemeindeschwestern und -pflegern.

511 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
512 Potenzial.

513 Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden

514 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
515 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

516 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
517 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
518 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
519 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
520 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
521 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

522 Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln

523 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
524 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

525 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
526 des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
527 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
528 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

529 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
530 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
531 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

532 Die Medizin braucht mehr Nachwuchs

533 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
534 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
535 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
536 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
537 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
538 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.

539 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
540 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
541 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
542 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.

543 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
544 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

545 **Pflege geht Alle an**

546 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
547 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
548 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

549 Das Schleswig-Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es
550 fortzuschreiben. In der Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen,
551 wissenschaftlich auswerten und bei Erfolg landesweit umsetzen.

552 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
553 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
554 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
555 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

556 **Palliativversorgung und Hospize**

557 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
558 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

559 **Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen**

560 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
561 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
562 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
563 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
564 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
565 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
566 der Koordinierung ein.

567 **Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen**

568 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
569 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
570 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
571 Behandlungsformen.

572 Außerdem wollen wir zusätzliche Traumatherapieangebote für Geflüchtete fördern.

573 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
574 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

575 **Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen**

576 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
577 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Ergänzt

578 werden muss dieses System um einen verlässlichen Dolmetscherpool für Arztbesuche
 579 und ärztliche Aufklärungsgespräche, sofern Bedarf besteht. Außerdem wollen wir in
 580 Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne
 581 Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf traumatisierte
 582 Geflüchtete. Die von uns veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und
 583 dem kommenden Bedarf anzupassen. Auch hier sind Übersetzerpools für Therapie- und
 584 Beratungsgespräche mit zu bedenken. Fortbildung von und Supervision für Menschen,
 585 die Traumatisierte in Unterkünften begleiten und betreuen wollen wir fördern. Das
 586 Ziel lautet die gleiche Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen

587 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.126: LTW-Programm - GERECHT](#)**

588 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
 589 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein wichtiger Schritt gelungen. Wir
 590 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
 591 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
 592 traumatisierte Geflüchtete.

593 **Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten**

594 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
 595 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
 596 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

597 **Gesundheit@Digital**

598 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
 599 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der
 600 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
 601 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

602 **Auf den Punkt**

- 603 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
 604 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 605 • *Wir werden* die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 606 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 607 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 608 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 609 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
 610 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 611 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 612 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
 613 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 614 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
 615 prüfen,
- 616 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

617 **Kita / Plietsch – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon**
618 **von der Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der**
619 **Eltern**

620

621 **Überschrift streichen und NEU: Kita - Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder von**
622 **Anfang an**

623 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
624 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
625 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
626 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
627 und die Kinderstube der Demokratie.

628 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
629 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
630 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
631 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
632 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
633 Landtagswahl versprochen hatten.

634 **Mehr Qualität in der Kita**

635 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
636 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
637 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
638 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

639 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
640 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
641 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
642 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
643 verbinden.

644 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
645 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
646 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
647 Euro jährlich unterstützen.

648 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
649 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
650 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
651 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
652 Kitaplatz benötigt.

653 **Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung**

654 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
655 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
656 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
657 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
658 wollen wir weiter verbessern.

659 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
660 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
661 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und

662 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
663 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

664 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe
665 Qualität haben für uns Priorität. Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser
666 Ziel, so wie es bei Schulen und Universitäten schon der Fall ist. Allerdings haben
667 wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird 2017 erfreulicherweise
668 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat
669 entlastet und weiter ausgebaut wird. Außerdem haben wir Familien im Bezug von
670 Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

671 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.61: LTW-Programm - GERECHT](#)**

672 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Zu Gunsten eines bedarfsgerechten Angebots
673 und einer hohen Qualität werden wir das Thema Beitragsfreiheit in den nächsten
674 Jahren leider nicht angehen können. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um
675 Familien zu entlasten: So wird 2017 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von
676 Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat entlastet. Außerdem haben wir Familien im
677 Bezug von Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren
678 freigestellt.

679 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
680 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
681 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
682 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
683 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

684 **Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen**

685 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
686 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
687 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
688 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
689 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
690 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

691 **Auf den Punkt**

- 692 • *Wir werden* noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 693 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
694 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 695 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 696 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

697 **Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen sollen sich**
698 **in Ruhe entwickeln können, zum Besten für Schüler*innen und**
699 **Lehrkräfte**

700
701 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
702 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
703 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
704 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben

705 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
706 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

707 **Wir werden ein allgemeines Förderprogramm für die Sanierung und Modernisierung der**
708 **kommunalen Schulgebäude aufsetzen und mit Priorität finanzieren.**

709 **100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus**

710 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
711 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
712 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

713 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
714 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
715 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
716 der Schüler*innenschaft stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus"
717 geben, die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwerissen
718 Rückenwind geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus
719 Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
720 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
721 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

722 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schullistentenz an Grundschulen mit jeweils
723 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
724 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

725 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
726 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige
727 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
728 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
729 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
730 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
731 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
732 Ganztagschulen werden.

733 **Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern**

734 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
735 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
736 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
737 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
738 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
739 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
740 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
741 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben.

742 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
743 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
744 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
745 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

746
747 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
748 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

749 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
750 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams

751 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
752 Arbeitsspitzen abzumildern.

753 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
754 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
755 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
756 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
757 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dafür soll Vielfalt, z.B. ethische und
758 soziale Herkunft, Religion und Weltanschauung, Alter, Behinderung, Geschlecht oder
759 sexuelle Identität berücksichtigt werden.

760 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
761 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
762 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
763 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

764 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
765 Entrepreneurship gehört in unsere Schulen. Deshalb wollen wir neue
766 fächerübergreifende Gründungsinitiativen, wie beispielsweise der [Young Economic](#)
767 [Summit](#) (YES!) der Schüler:innen Informations- und Medienkompetenz,
768 Verantwortlichkeit und ökonomische Bildung vermittelt. oder die Social
769 Entrepreneurship Initiative SEEd. Solche Projekte stärker unterstützen.

771 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.114: LTW-Programm - GERECHT](#)**

772 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
773 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
774 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen können aufschlussreiches Feedback geben,
775 deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden. Wir werden eine*n
776 Schulbeauftragten schaffen. Ziel soll eine unabhängige Anlaufstelle für Konflikte
777 sein. Sowohl Lehrer*innen, als auch Schüler*innen sollen sich so abseits der
778 vorhandenen Maßnahmen, wie etwa der Dienstaufsichtsbeschwerde, Unterstützung suchen
779 können.

780 **Inklusion verwirklichen**

781 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung.

782 Zur Inklusion verpflichtet der Artikel 24 der UN-Behindertenkonvention die Politik.
783 „Anfang September legte der UN-Fachauschuss einen Kommentar („General comment“) zur
784 Umsetzung der UN-Behindertenkonvention vor. Dessen Kernbotschaft ist eindeutig:
785 Inklusive Bildung schließt ausdrücklich das Recht auf Nicht-Segregation ein.
786 Inklusive Bildung ist das Recht des Kindes. Die Eltern haben sich in der
787 Wahrnehmung ihrer Verantwortung an dem Recht des Kindes auszurichten. Und: Das
788 Nebeneinander von zwei System – einem segregierten Sonderschulsystem und einem
789 Regelschulsystem – ist mit dem Anspruch auf Inklusion nicht vereinbar.“(1)

790 Daraus ergibt sich die politische Zielsetzung spätestens im Laufe des kommenden
791 Jahrzehnts dieses unzulässige Nebeneinander zu beenden. Natürlich brauchen wir bis
792 dahin für Kinder mit Handicap, die noch in Förderzentren lernen, eine bessere
793 Versorgung. Darum wollen wir die Qualifizierung der Lehrkräfte an den Regelschulen
794 vorantreiben, mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches Fachpersonal, damit
795 alle Kinder gute Bedingungen haben.

796 Das Land wird die erforderliche Umgestaltung von Regelschulen massiv mit
797 Investitionsanreizen unterstützen.

798 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
799 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
800 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
801 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
802 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
803 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und
804 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

805 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
806 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
807 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

808 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
809 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
810 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
811 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von
812 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

813 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
814 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
815 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

816 **Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen**

817 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
818 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
819 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
820 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
821 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
822 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
823 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
824 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
825 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
826 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
827 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
828 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
829 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
830 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

831 **Schule muss sich jede*r leisten können**

832 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
833 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
834 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
835 sein.

836 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
837 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
838 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
839 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
840 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

841 **Schule muss Wege offen halten**

842 **Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor**
843 **besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –**
844 **ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss ansteht. Kinder und**

845 **vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den**
846 **wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht, nicht die deutsche Sprache**
847 **lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.**
848 **Um diesen jungen Erwachsenen eine echte Chance auf einen Schulabschluss zu**
849 **ermöglichen, setzen wir uns für eine Förderung solcher Programme ein – auch**
850 **jenseits von Schul- und Berufsschulpflicht. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass**
851 **Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren Kindern ausreichend im Schulalltag zu**
852 **helfen, mehr Unterstützung erfahren.**
853

854 **Demokratie und Vielfalt wagen**

855 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
856 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
857 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
858 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
859 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
860 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
861 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

862 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
863 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
864 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
865 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
866 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
867 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
868 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
869 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind, welche auch besonders
870 für junge Schüler*innen, die Auseinandersetzung mit politischer Bildung ermöglichen
871 sollen. Dafür bedarf es einer besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für
872 politische Bildung um eine noch bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

873 **Gesunde Schule**

874 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
875 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
876 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
877 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
878 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialo werden wir fortführen und das Thema
879 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die
880 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
881 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

882 **„Nur was man kennt, schützt man auch“ - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken**

883 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
884 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
885 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
886 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns
887 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
888 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

889 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
890 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

891 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
892 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch
893 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

894 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
895 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
896 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

897 **Schwimmen lernen**

898 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
899 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
900 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
901 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
902 ihrer öffentlichen Bäder und Schwimmsportstätten.

903 **Religionsunterricht gehört dazu**

904 **Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den**
905 **Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst**
906 **nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die**
907 **christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,**
908 **keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir**
909 **gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher**
910 **Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht**
911 **von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.**

912 **Die Schule im Dorf lassen**

913 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
914 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
915 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
916 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
917 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
918 alle Probleme gelöst.

919 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
920 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

921 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
922 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
923 Entwicklung beraten werden kann.

924 **Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln**

925 Unsere Gemeinschaftsschulen sind vielfältig: Sie öffnen Schüler*innen den Weg zu
926 allen Schulabschlüssen. Ob mit oder ohne eigene Oberstufe: Sie ebnen für viele
927 Jugendliche den Weg bis zum Abitur. Viele Gemeinschaftsschulen haben zudem
928 eine besondere Praxisorientierung. Mit der Stärkung von Flex- und Praxisklassen,
929 der Kooperation mit Werkstätten der beruflichen Schulen und Unternehmen, mit
930 Schüler*innenfirmen und einem anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen
931 punkten. Wir streben an, Gemeinschaftsschulen "ohne Oberstufe" zu unterstützen,
932 wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen "mit praktischer Orientierung" entwickeln
933 wollen. Dabei spielen Coaches, die Jugendlichen in den Schulen frühzeitig und
934 individuell beruflich beraten, eine wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der
935 Praxis und individuelle Begleitung. Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir
936 verstärken, um auch die Schulabbrecher*innenquote zu senken.

937 Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen

938 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
939 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
940 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
941 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
942 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitierten dort. Viele Ideen werden in
943 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

944 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
945 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
946 Flüchtlingen widmen können.

947 Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten

948 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
949 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
950 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
951 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

952 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
953 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen
954 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
955 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

956 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
957 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
958 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
959 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
960 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
961 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
962 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
963 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

964 Eigenständigkeit erwünscht

965 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
966 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
967 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
968 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
969 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
970 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
971 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
972 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
973 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

974 Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen

975 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
976 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
977 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
978 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
979 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
980 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
981 bedeutet. Wir werden prüfen, wie die kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung
982 verbessert werden kann.

983 **Lernen@Digital**

984 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um
 985 diese Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den
 986 Neuen Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation.
 987 Moderne Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute
 988 unbedingt dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten,
 989 u.a. durch Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im
 990 Vorbereitungsdienst und mit außerschulischen Partnern.

991 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
 992 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
 993 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
 994 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
 995 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
 996 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
 997 die Teilhabe entscheidet.

998 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
 999 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
 1000 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu
 1001 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
 1002 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
 1003 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
 1004 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
 1005 gelegt werden.

1006 Die Idee eines „Medialogbuchs“ zur Dokumentation erworbener Medienkompetenz, wie
 1007 vom Offenen Kanal SH vorgeschlagen, finden wir sinnvoll. Wir werden die Umsetzung
 1008 an den Schulen prüfen.

1009 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
 1010 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

1011 **Auf den Punkt**

- 1012 • *Wir werden* dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
 1013 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 1014 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 1015 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
 1016 Integrationsangebote ausbauen,
- 1017 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
 1018 Bildungsbremse werden,
- 1019 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
 1020 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- 1021 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 1022 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 1023 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
 1024 gearbeitet werden kann,
- 1025 • digitales Lernen fördern.

1026 **Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die**
1027 **Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen**

1028

1029 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
1030 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
1031 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
1032 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
1033 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
1034 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

1035 **Berufs- und Studienorientierung intensivieren**

1036 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
1037 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
1038 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
1039 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
1040 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
1041 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
1042 unterstützen können.

1043 **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

1044 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
1045 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
1046 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
1047 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
1048 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
1049 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
1050 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

1051 **Azubirechte verankern**

1052 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
1053 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
1054 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
1055 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
1056 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
1057 preisgünstiges Azubiticket.

1058 **Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge**
1059 **einrichten**

1060 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
1061 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
1062 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
1063 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
1064 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
1065 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

1066 **Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren**

1067 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
1068 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
1069 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
1070 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
1071 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche

1072 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
1073 Schule in die Ausbildung finden.

1074 **RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten**

1075 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
1076 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
1077 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
1078 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
1079 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
1080 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
1081 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
1082 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,
1083 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
1084 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

1085 **Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen 1086 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)**

1087 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
1088 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
1089 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
1090 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
1091 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
1092 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
1093 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
1094 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
1095 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
1096 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

1097 **RBZ-Prozess voran bringen**

1098 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
1099 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
1100 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
1101 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
1102 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

1103 **Auf den Punkt**

- 1104 • *Wir werden* Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 1105 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 1106 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
1107 etablieren,
- 1108 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

1109 **Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens**

1110
1111 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
1112 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
1113 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
1114 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
1115 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

1116 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 1117 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 1118 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Wir wollen die
 1119 Hochschulfinanzierung kontinuierlich verbessern um auch im Bundesvergleich weiter
 1120 aufzuholen und den Aufbau innovativer Studiengänge zu ermöglichen.

1121 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 1122 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 1123 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
 1124 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 1125 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

1126 **Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen**

1127 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
 1128 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

1129 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
 1130 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
 1131 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
 1132 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
 1133 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
 1134 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
 1135 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
 1136 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
 1137 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
 1138 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen.

1139 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
 1140 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

1141 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
 1142 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
 1143 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
 1144 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
 1145 Bundesebene entwickeln.

1146 **Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern**

1147 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
 1148 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
 1149 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

1150 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
 1151 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
 1152 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
 1153 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
 1154 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
 1155 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

1156 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
 1157 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
 1158 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
 1159 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
 1160 und Habilitation zu schaffen.

1161 **Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen**

1162 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
1163 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
1164 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
1165 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
1166 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
1167 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
1168 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
1169 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1170 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1171 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1172 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1173 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
1174 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
1175 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
1176 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
1177 Geflüchtete kombiniert.

1178 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
1179 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
1180 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
1181 Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1182 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
1183 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
1184 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
1185 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
1186 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1187 **Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern**

1188 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
1189 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
1190 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
1191 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
1192 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
1193 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1194 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
1195 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
1196 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
1197 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
1198 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
1199 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
1200 Zeichen gesetzt.

1201 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir anregen
1202 wollen, ihr jetziges Angebot um Ansätze, die Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt
1203 stellen, zu ergänzen.

1204 Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen neue innovative Studiengänge
1205 entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch attraktiver für Studierende machen.

1206 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
1207 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
1208 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität

1209 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
1210 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
1211 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
1212 bestehenden aufbauen.

1213 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
1214 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
1215 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
1216 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
1217 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
1218 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
1219 Campus unterstützen wir.

1220 **Hochschulen und Startups zusammenbringen**

1221 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
1222 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
1223 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
1224 und stärken.

1225 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
1226 Innovation auszurichten.

1227 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
1228 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
1229 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1230 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
1231 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
1232 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
1233 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1234 **Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität**

1235 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
1236 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
1237 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
1238 auseinander.

1239 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
1240 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
1241 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
1242 Studienjahr umfassend orientieren.

1243 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
1244 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
1245 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
1246 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
1247 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
1248 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1249 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
1250 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
1251 im Land ausweiten.

1252 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
1253 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
1254 verbessern.

1255 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
1256 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
1257 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1258 **Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse**
1259 **anerkennen**

1260 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
1261 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
1262 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
1263 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
1264 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
1265 zu schwächen.

1266 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1267 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
1268 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Wir werden
1269 eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, so dass Geflüchtete nach drei
1270 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
1271 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten können, wenn sie eine
1272 Einschreibung in die Hochschule geschafft haben. Die vielen erfolgreichen Projekte
1273 an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1274 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
1275 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
1276 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
1277 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
1278 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
1279 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
1280 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1281 **Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen**

1282 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
1283 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
1284 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
1285 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
1286 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
1287 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1288 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
1289 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1290 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
1291 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
1292 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1293 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
1294 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen
1295 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
1296 grenzüberschreitender Studiengänge.

1297 **Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie**

1298 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
1299 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
1300 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,

1301 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
1302 Mitarbeiter*innen)

1303 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
1304 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
1305 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
1306 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
1307 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1308 **Kooperationsverbot abschaffen**

1309 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
1310 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
1311 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
1312 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
1313 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1314 **Lernen – ein Leben lang**

1315 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
1316 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
1317 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
1318 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
1319 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
1320 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1321 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
1322 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
1323 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
1324 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
1325 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
1326 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
1327 wie dies gelingen kann.

1328 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
1329 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
1330 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
1331 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
1332 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
1333 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
1334 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1335 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1336 der Flüchtlinge bei.

1337 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1338 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1339 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
1340 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1341 bedarfsgerecht gestalten können.

1342 **Hochschule@Digital**

1343 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
1344 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
1345 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
1346 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
1347 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie

1348 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
1349 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
1350 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
1351 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
1352 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1353 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
1354 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
1355 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1356 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
1357 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
1358 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1359 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
1360 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
1361 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
1362 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
1363 frei.

1364 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
1365 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
1366 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
1367 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
1368 aus.

1369 **Auf den Punkt**

- 1370 • *Wir werden* unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1371 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1372 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1373 • innovative Studiengänge fördern
- 1374 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1375 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
1376 einsetzen,
- 1377 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1378 **Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der** 1379 **Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin**

1380

1381 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
1382 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
1383 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
1384 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
1385 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode
1386 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
1387 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
1388 Gesellschaft.

1389 Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
1390 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden

1391 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.
1392 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
1393 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
1394 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
1395 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.

1396 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
1397 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
1398 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
1399 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1400 **Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren**

1401 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
1402 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
1403 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
1404 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
1405 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1406 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
1407 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
1408 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
1409 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
1410 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1411 **Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur**

1412 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
1413 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
1414 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
1415 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1416 **Wir versprechen nicht zu viel**

1417 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
1418 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
1419 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
1420 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
1421 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
1422 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1423 **Schädliche Subventionen abbauen**

1424 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
1425 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch
1426 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
1427 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
1428 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
1429 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1430 **Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken**

1431 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
1432 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
1433 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
1434 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
1435 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft
1436 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir

1437 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
1438 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
1439 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
1440 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
1441 Innovationskraft von Unternehmen.

1442 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
1443 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
1444 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
1445 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
1446 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
1447 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
1448 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1449 **Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer**

1450 Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf
1451 nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach
1452 einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser
1453 Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer
1454 kann als Instrument der Krisenprävention zur Stabilität der Finanzmärkte
1455 beitragen.“

1456 **Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten**

1457 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
1458 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
1459 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
1460 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
1461 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
1462 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
1463 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
1464 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
1465 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1466 **Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration**

1467 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
1468 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
1469 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
1470 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden
1471 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
1472 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1473 **Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit**

1474 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
1475 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
1476 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
1477 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
1478 unser Ziel, die Bildung weiter zu stärken.

1479 **Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur**

1480 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1481 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1482 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1483 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1484 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1485 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungstau des Landes planbar und
1486 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1487 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1488 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1489 Zeitalter vorzubereiten.

1490 **Fair mit unseren Kommunen umgehen**

1491 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1492 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1493 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1494 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1495 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
1496 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
1497 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
1498 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können
1499

1500 **Sparkassen fit für die Zukunft machen**

1501 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
1502 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
1503 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
1504 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
1505 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
1506 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.
1507

1508 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
1509 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller
1510 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
1511 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
1512 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
1513 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
1514 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
1515 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1516 **Schwere Erblast HSH Nordbank**

1517 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1518 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast
1519 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
1520 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
1521 Schlusstrich ziehen.

1522 Die Steuerzahler*innen werden für die Verluste der Bank viel bezahlen müssen. Das
1523 ist bitter. Wir erwarten deshalb, dass die HSH Nordbank stets verantwortungsvoll
1524 agiert. Schließlich geht es um das Vermögen des Landes. Jedes Handeln muss
1525 transparent wirtschaftlich begründet sein. Dies schließt auch die Politik ein.
1526 Zukünftige Landesregierungen müssen ebenfalls alle möglichen Verluste transparent
1527 und ehrlich darstellen.

1528 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
1529 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir uns für
1530 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1531 **Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen**

1532 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
 1533 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
 1534 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
 1535 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorge
 1536 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1537 **Divestment – keine Investition in fossile Energien**

1538 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
 1539 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
 1540 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
 1541 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
 1542 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
 1543 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
 1544 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
 1545 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, sollen zurückgefahren werden.
 1546 Unser Ziel ist es, dass diese Technologien schnellstmöglich nicht mehr notwendig
 1547 sind. Auch bei Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss
 1548 entsprechend geltend machen.

1549 **Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein**

1550 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
 1551 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
 1552 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
 1553 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
 1554 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
 1555 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1556 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
 1557 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
 1558 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
 1559 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
 1560 transparent aufzuzeigen.

1561 **ÖPP – aber nur in engen Grenzen**

1562 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
 1563 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
 1564 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
 1565 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
 1566 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
 1567 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
 1568 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
 1569 Projekten nicht höher sein darf als zehn Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
 1570 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
 1571 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
 1572 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
 1573 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1574 **Finanzen@Digitales**

1575 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
 1576 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
 1577 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so

1578 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
1579 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
1580 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
1581 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1582 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1583 Landes etc. informieren können.

1584 **Auf den Punkt**

- 1585 • *Wir werden* die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1586 fortsetzen,
- 1587 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1588 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1589 • die Kommunen fair behandeln,
- 1590 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1591 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.